

Brückeninfrastruktur | 20.03.2026 | Nr. 108/26

Rasmus Vöge: TOP 17: Wir haben die Brücken in unserem Land im Blick

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren,

das Ziel der Landesregierung ist klar: Wir investieren in Straßen, Brücken, Schienen und Radwege.

Eine vernünftige Infrastruktur ist die Grundlage für die lokale und überörtliche Wirtschaft, Erreichbarkeit ist ein wichtiges Kriterium für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

Und unser politisches Handeln lässt sich auch in Zahlen ablesen:

550 Millionen Euro, also rund 43 Prozent, der Sondermittel aus Berlin fließen zusätzlich in den Bereich Verkehrsinfrastruktur:

- 200 Millionen Euro in die Sanierung von Landesstraßen,
- 200 Millionen Euro in die Schieneninfrastruktur,
- 140 Millionen Euro in die Sanierung der Häfen,
- 10 Millionen Euro in die Radwege.

Das hat es in dieser Form noch nie gegeben in Schleswig-Holstein und es ist der feste Wille der Koalition, dieses Infrastrukturprogramm zum Erfolg zu führen.

Der Bedarf beim Straßenbau ist groß, keine Frage. Und der Bericht zum Zustand der Landesstraßen hat neben den Erfolgen auch den Investitionsbedarf bei den Landesstraßen unterstrichen. Aber das politisch-mögliche ist nicht immer dem politisch-wünschenswerten deckungsgleich. Und bevor die Opposition gleich wieder von Scheitern spricht, konzentrieren wir uns Schritt für Schritt um die Verbesserung der Straßen im Land.

Und dazu gehören selbstverständlich auch die Brücken. Das hat Minister Madsen bereits angekündigt. Die Strategie wird erarbeitet – sie wissen das – und wir werden sie noch in dieser Wahlperiode vorlegen. Dabei dürfte uns allen klar sein, dass mit der Sanierung der Brücken in Schleswig-Holstein eine große Aufgabe bevorsteht:

Bis 2030 müssen 19 Brücken komplett ersetzt werden. Allein das kostet nach bisherigen Einschätzungen circa 63 Millionen Euro. Viele Brücken stammen aus den 1960er und 1970er Jahre und erreichen somit das Ende ihrer Lebensdauer. Sperrungen müssen dabei unbedingt vermieden werden. Sie bedeuten lange Umleitungen und häufig auch neue Schäden an Straßen, die nicht für den Umleitungsverkehr ausgelegt sind.

Angesichts der Haushaltslage kommt die Politik aber nicht umhin, in kommenden Haushalten stärker als bisher zu priorisieren, um den Sanierungsaufgaben im Straßenbau gerecht zu werden. Dafür setzen wir uns ein. Auf Grundlage des Berichts, den wir – wie gesagt – bald erhalten.

Vielen Dank.